

MEINUNG

Too-big-to-fail-Experte

Die Kapitalvorschläge für UBS sind bereits ein moderater Kompromiss

Die Auslandstöchter der Grossbank mit 100% Eigenmittel zu unterlegen, ist keinesfalls eine Extremlösung. Die Massnahme zielt genau auf den Umstand, der Credit Suisse einst zum Verhängnis wurde.



Kommentar von **Aymo Brunetti**

Publiziert: 21.10.2025, 06:58



Die Schweiz ist international einmalig gegenüber ihrer Grossbank exponiert und UBS zieht aus dem Premiumstandort Schweiz grosse Vorteile.

Bild: Pascal Mora/Bloomberg



Jetzt abonnieren und von der Vorlesefunktion profitieren.

Abo abschliessen

Login

BotTalk

Die Diskrepanz zwischen dem Inhalt der Vorlage und der Reaktion darauf war bemerkenswert. Kaum hatte der Bundesrat den Vorschlag einer Unterlegung der ausländischen Tochtergesellschaften von UBS mit 100% hartem Eigenkapital statt der bisherigen 45% publiziert, folgte sofort die harsche Reaktion der Bank.

Das gehe viel zu weit, ja stelle gar eine Extremlösung dar. Tatsächlich handelt es sich aber bei näherer Betrachtung um einen moderaten, ausgewogenen und zielgerichteten Kompromiss.

CS-Gefahren angehen

Auf den ersten Blick erscheint die Bezeichnung «Extremlösung» als plausibel, könnte man doch meinen, dass mehr als 100% rein logisch gar nicht möglich ist. Dem Vernehmen nach könnte im Parlament denn auch ein Kompromissversuch mit tieferen Prozentwerten durchaus Chancen haben.

Eine solche Abänderung der Vorlage wäre aber angesichts der ausserordentlichen Exponiertheit der Schweiz gegenüber ihrer Grossbank höchst inadäquat und würde den in der CS-Krise zutage getretenen Gefahren nicht genügend Rechnung tragen.

Sie erkennt erstens, dass das Vorgeschlagene bereits ein gutschweizerischer Kompromiss ist, welcher der Grossbank ziemlich weit entgegenkommt.

Zweitens und noch wichtiger löst jede Unterlegung mit weniger als 100% das Grundproblem nicht, dass die Schweizer Muttergesellschaft der Bank in Krisenfällen geschwächt und in den Handlungsoptionen eingegrenzt würde.

«Der Hauptzweck ist nicht die Anhebung der Kapitalquoten, sondern die Beseitigung eines grundsätzlichen Fehlers in der bisherigen Regulierung.»

Der Fokus der Diskussion auf die Prozentzahlen der Unterlegung der Auslandtöchter verschweigt völlig, was das auf die relevanten Masse der Kapitalanforderungen umgerechnet bedeutet. Die ungewichtete Kapitalquote («Leverage Ratio») würde sich dabei um lediglich etwa einen Prozentpunkt auf rund 6% erhöhen. Damit hätte UBS nur eine leicht höhere Leverage Ratio im Vergleich mit anderen globalen Grossbanken.

Angesichts der international einmaligen Exponiertheit der Schweiz gegenüber ihrer Grossbank und der grossen Vorteile, die UBS aus

dem Premiumstandort Schweiz zieht, ist das meilenweit von einer Extremlösung entfernt. Wie wenig extrem es ist, wird auch klar, wenn man sich vor Augen hält, dass nach dem CS-Kollaps massgebliche Exponenten aus sehr unterschiedlichen Lagern massiv höhere Kapitalforderungen vorschlugen.

Manuel Ammann und seine Co-Autoren von der Universität St. Gallen etwa forderten in ihrem Gutachten für den Bund eine Leverage Ratio von 10%, die SP in einer Motion eine von 15% und der damalige Präsident der Mitte gar eine von 20%.

Im Vergleich zu derartigen Forderungen – die in ihrer Grössenordnung von renommierter wissenschaftlicher Seite angesichts der Risiken als durchaus adäquat eingeschätzt werden – sind die rund 6% ein sehr moderater Kompromiss. Es ist zentral, diese Tatsache mit Nachdruck in die hitzige Debatte rund um die aktuelle Vernehmlassung der Vorlage des Bundesrats einzubringen.

Handlungsoptionen im Krisenfall

Der Hauptzweck der neuen Regulierung ist nicht die Anhebung der Kapitalquoten, sondern die Beseitigung eines grundsätzlichen Fehlers in der bisherigen Regulierung.

Dieser besteht darin, dass die Politik – in Abweichung zur Empfehlung der Expertengruppe nach der Finanzkrise – den Grossbanken auf deren Druck hin zugestand, einen Teil ihrer Beteiligung an ihren ausländischen Tochtergesellschaften mit Fremdkapital zu finanzieren.

Das hatte aber zur Folge, dass die Möglichkeit der Grossbanken, sich in Krisen aus eigener Kraft zu restrukturieren, drastisch reduziert wurde, wie sich in der CS-Krise eindrücklich gezeigt hat. So liessen sich verlustbringende Auslandengagements nicht verkaufen, weil dies der Schweizer Muttergesellschaft der CS so substanzielle Verluste beschert hätte, dass ihre eh schon knappe Kapitalausstattung unter das regulatorische Minimum gefallen wäre.

Solange es UBS möglich ist, einen Teil der Auslandsengagements mit Fremdkapital zu unterlegen, bleibt dieses Problem ungelöst und verschärft jede zukünftige Krise.

«Hoffentlich verzichtet das Parlament darauf, diese sehr zielgerichtete und moderate Massnahme zu verwässern.»

Die vorgeschlagene Reform eliminiert ausserdem – und das ist sehr wichtig – den problematischen Anreiz für UBS, vor allem im Ausland zu wachsen. Weil heute in den Tochtergesellschaften Assets nur teilweise mit Eigenkapital unterlegt werden müssen, lohnt es sich für die Bank, diese im Ausland zu verbuchen.

Die Risiken der ausländischen Tochtergesellschaften werden damit in der Schweizer Muttergesellschaft zu wenig mit Eigenkapital abgedeckt und gleichzeitig verschärft sich das Problem laufend, weil die Bank wegen dieser regulatorischen Verzerrung im Ausland zu stark wächst.

Dieses gewichtige Problem bleibt bei jeder teilweisen Unterlegung der Tochtergesellschaften Eigenkapital bestehen; die 100% sind aus all diesen Gründen der zentrale Punkt der Reform und nicht eine willkürliche Zahl, die man mit wenig Kosten reduzieren kann.

Entsprechend wenig ist von einem allfälligen «Kompromiss» als Reaktion auf die vom Bundesrat präsentierte Vorlage zu halten. Unterlegt man mit weniger als 100%, reduziert jeder Verlust bei den Töchtern die Eigenkapitalausstattung der Muttergesellschaft – und zwar im dümmsten Moment, just in der Krise.

Auf Weitergehendes verzichtet

Der Bundesrat hat in seiner Vorlage bewusst mit Blick auf die Finanzstabilität durchaus adäquate, weitergehende Massnahmen wie eine deutliche Erhöhung der Leverage Ratio oder eine stärkere Progression der Kapitalanforderungen verzichtet.

Ebenfalls verzichtet hat er auf strukturelle Massnahmen wie die Umstellung auf eine flache Holding, welche die organisatorische Komplexität deutlich reduzieren und eine Abwicklung im Krisenfall erleichtern würde.

Stattdessen hat er eine Massnahme gewählt, die ein konkretes, in der CS-Krise für alle sichtbar zutage getretenes Problem löst und gleichzeitig zu einer sehr moderaten Erhöhung der Kapitalausstattung führt.

Zudem gesteht die jetzt in die Vernehmlassung geschickte Vorlage UBS lange Übergangsfristen zu, um die Kapitalausstattung entsprechend zu erhöhen. Hoffentlich verzichtet das Parlament darauf, diese sehr zielgerichtete und moderate Massnahme zu verwässern.

Von allen Massnahmen, die die Widerstandsfähigkeit von UBS in einer Krise stärken sollen, ist die hier diskutierte meines Erachtens mit Abstand die wichtigste. Kombiniert mit den wohl noch bedeutenderen Massnahmen zur Verbesserung der Abwicklungsfähigkeit einer scheiternden Grossbank hat sie da Potenzial, das Schweizer Too-big-to-fail-Problem deutlich zu entschärfen.

NEWSLETTER

FuW – Das Wochenende

Erhalten Sie am Wochenende handverlesene Leseempfehlungen der Redaktion. Jeden Sonntag in Ihrem Postfach.

Weitere Newsletter

Einloggen

Aymo Brunetti ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern. Zuvor war er Direktor für Wirtschaftspolitik im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Nach dem Fast-Kollaps von UBS 2008 leitete er die vom Bundesrat eingesetzte Expertengruppe zur Lösung der Too-big-to-fail-Problematik. [Mehr Infos](#)

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)

12 Kommentare